№ 275. Sonnabend, den 28. November. 1863.

Abonnementspreise:
Jährlich: 6 Thlr. — Ngr. in Sachsen.
½jährl.: 1 „ 15 „ „ „
Monatlich in Dresden: 15 Ngr.
Einzelne Nummern: 1 Ngr.
Im Auslande tritt Post- und Stempelzuschlag hinzu.

Inseratenpreise:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr.
Unter „Eingesandt" die Zeile: 2 Ngr.

Erscheinen:
Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals; ebendas.: H. Engler, E. Illgen; Hamburg-Altona: Haasenstein & Vogler; Berlin: Gropius'sche Buchhandl., Retemeyer's Bureau; Bremen: E. Schlotte; Breslau: Louis Stangen; Frankfurt a. M.: Jaeger'sche Buchh.; Köln: Adolf Bädeker; Paris: v. Löwenfels (28, rue de bons enfans); Prag: Fr. Koralek's Buchh.; Wien: Comptoir d. k. Wiener Zeitung, Stefansp. 867.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Marienstrasse No. 7.

Amtlicher Theil.

Dresden, 27. November. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz ist heute früh ¾1 Uhr von Weimar wieder hier eingetroffen.

Dresden, 26. November. Seine Durchlaucht der Erbprinz von Reuß-Schleiz ist heute Mittag von Gera hier eingetroffen und im „Victoria-Hotel" abgetreten.

Bekanntmachung.

Nachdem der seitherige Advokat und Notar Anton Hüttenrauch in Penig, welcher wegen Unterschlagung zur Criminaluntersuchung gezogen worden ist, der advokatorischen und Notariats-Praxis entsagt und das Justiz-Ministerium diese Entsagung angenommen hat, so wird solches gemäß §. 75 der Advokatenordnung vom 3. Juni 1859 und §. 89 der Notariatsordnung von demselben Tage hierdurch bekannt gemacht.

Dresden, am 21. November 1863.

Ministerium der Justiz.
Dr. v. Behr.
Rosenberg.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungsschau. (Presse. — Botschafter. — Neue Preußische Zeitung. — National-Zeitung. — Morning-Post. — Berlingske-Tidende.)
Tagesgeschichte. Dresden: Kammerverhandlungen. — Wien: Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Zur Congreßfrage. Der Finanzausschuß über das Kriegsbudget. — Krakau: Ein neuer Mord. — Lemberg: Anonyme Proclamationen. — Berlin: Kammerverhandlungen. Hilfsfonds für d. Herzogthümer. Lassalle. — München, Stuttgart und Darmstadt: Kundgebungen bezüglich der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. — Gera: Hauptstaatskassenrechnung für 1862. — Bern: Antwort auf die Congreßeinladung. Turin: Reise des Königs nach Paris. — Stockholm: Keine Seerüstungen. — Ostindien und China: Aus der neuesten Ueberlandpost — New-York: Nachrichten der neuesten Post.
Schleswig-Holstein. (Nachrichten aus Gotha, Kopenhagen und den Herzogthümern.)
Der polnische Aufstand. (Mittheilungen aus Warschau.)
Ernennungen und Versetzungen.
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Leipzig. Chemnitz. Zwickau. Radeberg. Burgstädt.)
Statistik u. Volkswirthschaft.
Feuilleton. Inserate. Tageskalender. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt, Donnerstag, 26. Novbr., Abends. (Ueber Berlin.) **Dem Vernehmen nach hat der Bundestagsausschuß für die holsteinsche Angelegenheit beschlossen, in der am nächsten Sonnabend stattfindenden Bundestagssitzung den sofortigen Eintritt der Bundesexecution vorzuschlagen.**

Paris, Freitag, 27. November. Der heutige „Constitutionnel" enthält einen von Boniface unterzeichneten Artikel, welcher die deutsch-dänische Streitfrage bespricht und seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß englische Blätter die Mächte zum Kriege zu Gunsten Dänemarks auffordern. Es sei zweifellos, daß Frankreich durch alte Sympathien an Dänemark hänge, aber Deutschland habe auch ein Recht auf die Sympathien Frankreichs. Die Achtung vor dem Willen der Völker und vor dem Rechte der Nationalität müsse gleicherweise wiegen in der Wagschale der Entschließungen Frankreichs. Der Mangel an einem allseitigen Einverständniß sei bedauerlich. Das Einverständniß der Mächte*) sei nicht genügend, die Lösung der dänischen Streitfrage zu sichern; es würde logischer gewesen sein, sich an ganz Europa zu wenden.

*) Im Telegramm steht einfach das Wort „puissances"; es sollen damit wahrscheinlich die am Londoner Protokolle betheiligten Mächte gemeint sein.

London, Donnerstag, 26. November, Nachmittags. Der Postdampfer „Nova Scotian" hat New-Yorker Nachrichten vom 14. d. Mts. in Londonderry abgegeben. Nach dem „Richmond Examiner" rücken Unionisten auf der Halbinsel zwischen dem York-River und dem James-River vor und haben auf der Straße nach Williamsburg, 40 Meilen östlich von Richmond, beträchtliche Streitkräfte versammelt.

Das Goldagio stand am 14. d. M. in New-York 47⅛, der Wechselcours auf London 161, Baumwolle 86—87.

Dresden, 27. November.

Nach Allem zu schließen, was in den Wiener und Berliner Blättern verlautet, sind die beiden deutschen Großmächte einig in ihrer Politik bezüglich der schleswig-holsteinschen Frage. Die Wiener „Presse" enthält bereits eine genaue Erörterung dieser Politik, welche in Allem Dem entspricht, was kürzlich in der Wiener „Abendpost" ausgeführt war, — nämlich Trennung der Successionsfrage von der Verfassungsfrage, in ersterer Beziehung Festhalten am Londoner Protokoll, in letzterer Bundesexecution. Die liberalen Wiener Blätter selbst sind schlecht auf diese Politik zu sprechen. So wiederholt heute die „Presse": „Wahrscheinlich werden die österreichisch-preußischen Anträge schon morgen am Bunde eingebracht werden. Daß diese Anträge im schreiendsten Widerspruch mit den im **Norden und Süden Deutschlands allerwärts kundgegebenen Gesinnungen** stehen, bedarf keines Nachweises. Deutschlands Stämme sind bereit, die Herzogthümer selbst um den Preis eines europäischen Krieges von der dänischen Herrschaft definitiv zu befreien, das ist der Sinn der Resolutionen, welche auf den zahlreichen Meetings einstimmig gefaßt wurden. Die öffentliche Meinung will von dem Londoner Vertrag, den die Regierungen in Wien und Berlin nun unverbrüchlich aufrecht erhalten, nichts wissen. Aber Oesterreich und Preußen scheuen die Aufwerfung einer europäischen Frage und hoffen durch die bloße Execution zur Wiederherstellung des von Dänemark gebrochenen Bundesrechts in den Herzogthümern, der schleswig-holsteinschen Frage jenen Charakter einer innern Bundesangelegenheit zu erhalten, welcher dieselbe bis jetzt vor jeder Einmischung des Auslandes bewahrt hat." — Der „Botschafter", welcher gleichfalls nicht verkennt, daß diese Haltung der Großmächte nicht den deutschen Sympathien für die Herzogthümer entspricht, giebt zu verstehen, daß der Bund hier ausgleichend einwirken könne. Er sagt: „Als Bundesglied ist Oesterreich zu loyal, als daß es die deutschen Nationalinteressen preisgeben sollte. Wir fürchten nicht, daß Oesterreich als Bundesglied sich vom übrigen Deutschland trennen werde. Zu einem Kriege des Deutschen Bundes gegen Dänemark würde selbst das österreichische Bundescontingent nicht erforderlich sein; aber schwerlich würde Oesterreich in der Mitwirkung zu einer gemeinsamen Action des Deutschen Bundes zurückbleiben. Europa könnte ihm für die Erfüllung seiner Bundespflichten keine Vorwürfe machen. Als europäische Macht natürlich müßte Oesterreich neutral bleiben. Gegen sich selbst als Bundesglied mit seiner außerbündischen Macht zu Gunsten des Londoner Protokolls und im Verein mit dessen Beschützern Krieg zu führen, könnte ihm kein Mensch von gesundem Sinne zumuthen. Preußen würde die nämliche Haltung einnehmen. Deutschland wäre geeinigt und in dieser Einigung stark genug, auf die übrigen Protokollmächte Eindruck zu machen." — Die preußischen ministeriellen Blätter machen jetzt eine Schwenkung noch hinter die österreichische Politik zurück. Die „Neue Preußische Zeitung" erörtert, daß Prinz Friedrich von Augustenburg mindestens bei Lebzeiten seines Vaters, der schon 1852 auf das Erbfolgerecht für sich und seine Nachkommen verzichtet, kein Recht für sich geltend machen könne. Ueberhaupt sei die Erbfrage durchaus nicht so einfach, sondern überaus verwickelt und die Entscheidung über die Erbfrage, die am Ende doch der Deutsche Bund auf irgend einem gerichtlichen Wege werde vornehmen lassen müssen, werde nicht so rasch zu beschaffen sein. Und dazu komme für Preußen und Oesterreich der Umstand, daß sie durch ihre Unterzeichnung des Londoner Protokolls gebunden wären gegen die andern Großmächte, von denen keineswegs eine Aenderung ihrer bisherigen Politik, sondern allenfalls ein entschiedenes Vertheidigen derselben zu erwarten sei. Preußen könne nicht in einen europäischen Krieg hineinrennen, weil die Führer der Demokratie ihn wünschen. Es müsse jetzt vor allen Dingen in Gemeinschaft Oesterreichs beim Deutschen Bunde diejenigen Streitigkeiten mit Dänemark erledigen, die schon so lange schweben und auch ohne den Thronwechsel schweben würden. Es müsse die Bundesexecution — mit Berücksichtigung der veränderten Umstände — zur Ausführung bringen. Das könnten der Deutsche Bund und die deutschen Großmächte sofort ausführen, und sie müßten es ausführen — aber durchaus als eine Bundessache. Die Erbfolgefrage aber könne nicht so kurz erledigt werden. Der Bund möge Einleitungen treffen, sie zu entscheiden; aber seine Abrechnung mit dem Unterdrücker der Herzogthümer dürfe er nicht verschieben bis nach Erledigung der Erbfrage. Wenn Preußen hiernach verfahre, so bleibe es überall in seinem guten Rechte; es erfülle seine Pflichten; es bleibe auf der — hier durchaus innezuhaltenden — Linie des Bundesrechts; es bleibe endlich frei „von der unsauberen Gemeinschaft mit der Revolution, die sich dieser Sache für ihre Zwecke bemächtigen will." — Die „Nationalzeitung" erwartet wenig von den deutschen Großmächten. Sie sagt: „Wie die Dinge augenblicklich liegen, steht die Entscheidung einmal vor Allem bei den Mittelstaaten und Kleinstaaten. Findet sich unter ihren Regierungen eine Majorität, welche die Lösung der Erbfolgefrage nicht verschleppen läßt, so kann die preußische unmöglich Widerspruch einlegen, und Oesterreich ist dann in die Alternative versetzt, ob es mithandeln oder seine Lostrennung von Deutschland selbst besiegeln will." Diese Worte in dem Organe einer Partei, welche stets die schnödesten Anklagen gegen die Mittelstaaten gehabt hat und das Glück für Deutschland erst hereinbrechen sieht, wenn diese mit gebundenen Händen an Preußen überliefert werden, verdienen wohl gemerkt zu werden. Dieselbe Partei, welche noch vor wenigen Wochen es als ein sich von selbst verstehendes Recht ausgab, daß Preußen ein Veto im Bunde beanspruchte, setzt nun ihre Hoffnung darauf, daß es vom Bunde mit hingerissen würde!

Die Kopenhagener amtliche „Berlingske Tidende" bringt mit Rücksicht auf die deutscherseits behauptete Nichtverpflichtung anläßlich der Berücksichtigung und Würdigung des Londoner Tractats vom 8. Mai 1852 abseiten der deutschen Großmächte einen augenscheinlich officiösen Artikel, in dem durch Abdruck der Note des frühern preußischen Ministerpräsidenten v. Manteuffel vom 30. September 1851 versucht wird, zu beweisen, daß namentlich Preußen die Berufung des Königs Christian IX. auf den dänischen Thron gebilligt habe. Der Schluß des officiösen Artikels lautet wie folgt: „Es liegen also von Seiten Preußens, wie auch von Seiten Oesterreichs viele Auslassungen vor, welche sämmtlich eine Richtung verfolgen, nämlich die Anerkennung des Princips betreffend die Integrität der dänischen Monarchie und die Billigung der getroffenen Thronfolgeordnung. Mit diesen Actenstücken vor Augen läßt es sich kaum erklären, wie rücksichtlich der Absichten der königl. preußischen Regierung in solcher Richtung irgend welche „Unklarheit" herrschen kann, und wenn es deshalb heißt, daß Preußen sich zum Kriege gegen Dänemark rüste, so muß der Zweck eines solchen Krieges ein ganz anderer sein, als die Gewinnung der Anerkennung für Rechte, von denen die preußische Regierung ebenso gut weiß, wie wir selber, daß dieselben nicht existiren." — „Dagbladet" giebt eine sehr umständliche „Revue de la semaine" und sucht durch Abdruck mehrer Actenstücke aus den Jahren 1851—52 das vermeintliche Anrecht des Königs Christian IX. auf die Regierungsgewalt in den Herzogthümern nachzuweisen.

Die Einladung zum Congreß an England wird mit aufrichtigem Bedauern, aber doch einfach abgelehnt. Indem die „Post" diese Anzeige macht, deutet sie an, das französische Cabinet habe auf das Verlangen nach einem Programm erwidert, daß der Congreß, wenn er mit der polnischen, schleswig-holsteinschen, italienischen und moldau-walachischen Frage fertig werden könnte, seinem Zwecke entsprechen würde. Die „Post" sagt über die Schwierigkeit, ein solches Programm auszuführen: „So lange wir im Congreß nicht mehr sagen könnten, als wir schon in unsern Depeschen gesagt haben, würde es uns kaum geziemen, Rußland mit dem Oelzweig in der Hand und ohne neuen Entschluß im Herzen zu begegnen, während es selbst seine Ausrottungspolitik in Polen fortsetzt und sein Vertreter mit noch bluttriefendem Schwert in der Faust erscheinen würde. Der Stand der Dinge in Holstein ist zwar drohend, aber was könnte ein Congreß bewerkstelligen, das nicht schon durch den Vertrag von 1852 erzielt ist? Was ließe sich in Italien thun? Im Augenblicke, wo man Venetien erwähnte, würden die Oesterreicher den Congreß verlassen. Selbst wenn eine Mehrheit von Staaten den Wunsch aussprächte, daß der Kaiser auf jenen Theil Italiens verzichten möge, wäre dieser Ausspruch eben so werthlos wie ein Votum der anthropologischen Gesellschaft. Gesetzt aber, daß man Venetien überginge, würde König Victor Emanuel mit Vergnügen seinem Königreiche permanente Grenzen gezogen und jede Hoffnung für die Königin der Adria auf immer erstickt sehen? Noch weniger Gutes könnte man durch ein Herumpfuschen an der großen orientalischen Frage stiften. Rußland wäre nur der Gelegenheit froh, um Entbehrung von den 1856 eingegangenen Verbindlichkeiten anzuhalten, während es endlose Anschuldigungen gegen die Pforte vorbringen und den Samen frischer Wirren in allen Theilen der Türkei auszusäen suchen würde... Kurz... bei aller Achtung vor den bewundernswerthen Gesinnungen und Versuchen des Kaisers dünkt uns, daß der Congreß kein Heilmittel für alte Schäden und keine specifische Arznei für neue Uebel sein würde. Die Minister eines verfassungsmäßigen Landes fühlen sich nicht berechtigt, ihrer Monarchie die Beschickung einer Versammlung anzurathen, deren Zwecke sie als utopisch ansehen. Wir können sie deshalb nicht tadeln; denn es ist eine große Verantwortlichkeit, einen Congreß anzunehmen, der nur der Anfang der Zwietracht sein könnte."

Tagesgeschichte.

Dresden, 27. November. In der heute Vormittag 11 Uhr in Gegenwart des Herrn Staatsministers Freiherrn v. Friesen eröffneten Sitzung der Ersten Kammer referirte Finanzrath v. Nostitz-Wallwitz namens der dritten Deputation über den in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer zum Beschlusse erhobenen Antrag bezüglich der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. Die von der Zweiten Kammer in dem diesseitigen Antrage vom 25. November beschlossenen Modificationen seien meist nur stylistischer Natur; nur das zwischen den Wor

Feuilleton.

K. Hoftheater. Donnerstag den 26. November kam K. Gutzkow's Lustspiel „Das Urbild des Tartuffe" zur Darstellung, welches in seinem Stoff aus Molière's Leben zugleich ein Literaturbild nächstvergangener Zeit giebt, in seinen allgemeinen Wahrheiten bis in unsre Gegenwart hinein- und darüber hinausragend. Das volle Haus bewies die bleibende Anziehungskraft des Stückes, das durch seine feingebaute Gliederung, Erfindung und pikante Steigerung der Intrigue, durch seine geistvolle, klare und pointenreiche Sprache einen ersten Rang unter den Lustspielen neuerer Zeit behauptet. Herrn Emil Devrient's Gestaltung des Molière, frei, edel, poetischen Geistes und voll sensiblem, künstlerischem Naturell, ist als eine glänzende Leistung bekannt. Meisterhaft wurde der Inhalt seines Tartuffe erzählt und sein Erscheinen als solcher im letzten Acte ausgeführt. Herr Porth charakterisirt den scheinheiligen La Roquette mit lebenswahrer, scharfer Zeichnung, wenn auch dem wackern Künstler mehr und mehr die Kraft versagt, alle seine Intentionen zu vollem Ausdruck zu bringen. Die Schwestern Duplessis wurden von Fräul. Langenhaun und Fräul. Guinand gut gegeben; von Letzterer die muntere, naive Madelaine, von Ersterer Amande recht graziös, und in der Scene mit Ludwig XIV. mit dem verlockenden Scheine sinnlicher Coketterie. Jenen jugendlichen Herrscher spielt Herr Jauner zwar lebhaft und routinirt, aber die ungenirte Haltung und Sprache eines jungen Bonvivant ohne Vornehmheit. Würde und conventionelle Beherrschung vermag nicht den „König" vorzuführen. Auch die Umgebung des Fürsten hat an seinem Ton durch die jetzige Besetzung des Leibarztes Dubois und Akademikers Chapelle eingebüßt, und für den Theaterenthusiast Matthien ist die ergötzliche Charakteristik Herrn Räder's schwer zu missen. Befriedigend waren der Minister und der Parlamentsrath durch die Herren Walther und Koberstein vertreten.

Die Gesammtdarstellung ging rasch und präcis — wofür auch der Souffleur Dank verdient —, und dennoch spielte das Stück bis gegen ¾10 Uhr: beinahe eine halbe Stunde zu lange, weil die Zwischenacte theilweise an Länge mit den Acten selbst concurrirten. Die übermäßige Dehnung der Zwischenacte, die an unsrer Hofbühne allmählich Gewohnheit geworden, bedarf einer einsichtsvollen Beschränkung. Namentlich bei Stücken, deren Inhalt und Behandlung einen raschen Verlauf bedingt, wird durch solche Generalpausen die erregte Stimmung und Spannung des Publicums vollkommen abgeschwächt, seine Theilnahme ermüdet und geht für das Werk wie für die Schauspieler verloren.

C. Banck.

Illustrirte Literatur. „Das Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien. Leipzig, Verlag von Otto Spamer." — Das unter diesem Titel von der thätigen Spamer'schen Verlagshandlung in Verbindung mit tüchtigen Fachmännern herausgegebene Werk erscheint gegenwärtig in einer fünften, völlig umgearbeiteten Auflage. Die rasche Verbreitung von vier Auflagen dürfte ein Zeichen sein, daß das in dem Werke Gebotene dem Bedürfnisse des Publicums in befriedigender Weise entgegengekommen ist. Der fünften Auflage ist, nach den bereits erschienenen beiden ersten Lieferungen und dem diesen beigefügten Prospecte und der vollständigen Inhaltsübersicht, reiches neues Material eingeordnet und eine strenger gegliederte Ordnung, der culturgeschichtlichen Entwickelung der epochemachendsten Erfindungen folgend, ist an Stelle des losern Gefüges der vierten Auflage getreten. Das „Buch der Erfindungen" erscheint jetzt so gleichsam als ein Kosmos der Arbeit, der geistigen und mechanischen Thätigkeiten, durch welche allmählich die heutige civilisirte Welt sich aufbaute. Dem Verständnisse der trefflich behandelten einzelnen Themata kommen zahlreiche, in den Text gedruckte Abbildungen zu Hilfe. Die Ausgabe erscheint in 40 bis 50 Lieferungen; jeder Hausbibliothek und insbesondere jedem nach Erweiterung seiner Kenntnisse strebenden Industriellen dürfte das Werk zu empfehlen sein.

Das in demselben Verlage erscheinende, vom Architekten Oskar Mothes herausgegebene „Illustrirte Baulexikon" ist bis zum achten Hefte vorgeschritten, welches letztere in eingehender und faßlicher Weise die Artikel von „Blitzableitung" bis „brechen" behandelt.

Ein drittes Unternehmen der Spamer'schen Verlagshandlung ist ein, unter Mitwirkung namhafter Geschäftsmänner und Gelehrten von Dr. Ed. Amthor herausgegebenes Magazin für Kaufleute, welches unter dem Titel „Vorwärts" illustrirte Mittheilungen, Abhandlungen und Schilderungen aus dem Gesammtgebiete der Handelsthätigkeit bringt. Wir haben das verdienstliche Unternehmen bereits beim Erscheinen des ersten und zweiten Heftes eingehend besprochen; gegenwärtig liegt ein drittes und viertes Heft vor. Von Interesse dürfte im letzten Hefte folgende Stelle aus einem von Herrn O. Kohn im kaufmännischen Vereine zu Breslau gehaltenen Vortrage sein, welcher zum Beleg dient, wie großes Gewicht man in kaufmännischen Kreisen jetzt schon auf die Stenographie legt. „Dieselbe hat sich," heißt es dort, „in allen Handlungshäusern, wo solche wenigstens durch einen Stenographen vertreten war, im Geschäftsbetriebe unentbehrlich gemacht. Der Principal dictirt dem Stenographen Anfrage und Antwortschreiben, so viel deren vorliegen, in die Feder, wobei er sich weit kürzer aufhält, als wenn er dem Correspondenten seine Gedanken für die anzufertigenden Briefe, und zwar einen nach dem andern, klar machen muß, und trägt die Beruhigung, daß Alles genau in seinem Sinne, ja mit seinen Worten abgefaßt wird. Das Copiren, welches jetzt die Lehrlinge, der Zeitersparniß wegen, mittelst der Maschine besorgen, geschieht in derselben Zeit durch die stenographische Copie, wobei diese jedoch die Briefe mit Verständniß durchzulesen genöthigt sind, was doch immer das wichtigste Bildungsmittel für die jungen Kaufleute bleibt. Das Concipiren selbst, die Aufnahme von Bestellungen und sonstige Notizen, die Correspondenz der Reisenden mit dem Hause, welche oft zum entschiedenen Nachtheil des Geschäfts wegen Mangels an Zeit sehr kurz abgefaßt wird, werden unendlich erleichtert. Bei großer Zeit und Papierersparniß kann jeder Sache die größte Sorgfalt und Ausführlichkeit gegeben werden. Angesichts dieser hohen Befähigung zur Erleichterung des Geschäftsbetriebes möge der Kaufmann im eignen Interesse bei der Wahl seines Personals auf die Kenntniß der Stenographie Gewicht legen, resp. solche zur Bedingung machen." Im Anschlusse daran hat sich der kaufmännische Verein in Breslau einmüthig zu Gunsten der Sache ausgesprochen und die Erlernung der Stenographie den jungen Kaufleuten, ganz besonders den dortigen Handlungsdiener-Instituten, empfohlen.

C.

Theater. Weimar. Der großherzogliche Theaterintendant Dr. Fr. Dingelstedt hat die Anzeige erlassen, daß auf der Weimarischen Hofbühne die vier ersten Stücke des angekündigten Cyklus der historischen Dramen Shakespeare's in der letzten Woche dieses Jahres zur Aufführung kommen werden, und zwar Sonntag den 27. December: „Richard II.", den 28. Dec.: „Heinrich IV." (erster Theil), den 29. Dec.: „Heinrich IV."